

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chemiedamm  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 848-48 ppbn d



33. Jahrgang / 238

12. Dezember 1978

Elfriede Eilers MdB,  
Parlamentarische Ge-  
schäftsführerin der SPD-  
Bundestagsfraktion, for-  
dert neue umfassende An-  
strengungen zur sozialen  
Integration der älteren  
Mitbürger.

Seite 1-3

Hermann Buschfort, Parla-  
mentarischer Staatssekre-  
tär beim Bundesminister  
für Arbeit und Sozialord-  
nung, sieht Erfolge aber  
auch neue Aufgaben bei der  
Bekämpfung der Arbeits-  
losigkeit Schwerbehinder-  
ter.

Seite 4

Egon Lutz MdB, Obmann der  
Arbeitsgruppe "Probleme  
des Arbeitsmarktes" der  
SPD-Bundestagsfraktion,  
versichert: Arbeitslosen  
wird nie Unzumutbares zu-  
gemutet werden.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 65 11

Den Senioren neue Lebenschancen eröffnen

-----  
Soziale Integration älterer Mitbürger - wichtige gesell-  
schaftspolitische Aufgabe

Von Elfriede Eilers MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der grundlegenden Wandlung der Struktur unserer Gesell-  
schaft und mit dem weitgehenden Wegfall der Drei-Generatio-  
nen-Familie hat sich auch die wirtschaftliche, gesellschaft-  
liche und soziale Situation der älteren Generation verän-  
dert. Das Anwachsen der Altersgeneration, die größere Le-  
benserwartung, die verbesserte Altersmedizin, auf der ande-  
ren Seite der Verlust der sozialen Rolle im Alter bergen  
Probleme von erheblicher Brisanz für die kommenden Jahrzehn-  
te. Dies gilt nicht so sehr für die wirtschaftliche Situa-  
tion, denn bei dem Ausbau der sozialen Sicherung der älte-  
ren Generation ist gerade im letzten Jahrzehnt Vorbildliches  
geleistet worden. Die ältere Generation ist heute - soweit  
sie in die Solidargemeinschaft der Sozialversicherung einbe-  
zogen ist, in der Regel ausreichend sozial abgesichert und  
damit auch wirtschaftlich unabhängig geworden.

Es fehlen vielmehr ausreichende Antworten der Gesellschaft  
auf Probleme der älteren Mitbürger, die sich aus verlo-  
rengegangenen gesellschaftlichen und familiären Bezügen, zu-  
nehmender Einsamkeit im Alter, mangelnden personellen und  
institutionellen Hilfen, unzureichenden Möglichkeiten für  
sinnvolle Beschäftigungen und fehlenden Mitwirkungs- und  
Mitgestaltungsmöglichkeiten ergeben. Um diese und andere De-  
fizite im Bereich der sozialen Integration der älteren Mit-  
bürger müssen wir uns sehr viel mehr als bisher kümmern.

1/ Abbau des Negativbildes vom "Alter" und vom "Altern".

Wir können und dürfen nicht länger hinnehmen, von den Äl-  
teren als "Randgruppe" zu sprechen und sie auch so zu be-  
handeln. Die Ergebnisse der Altersforschung, durch die

das völlig unzutreffende, häufig von Vorurteilen belastete Bild des älteren Menschen korrigiert wird, und die unser Wissen um Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit des älteren Menschen auf eine neue Grundlage stellen, müssen verstärkt in das öffentliche Bewußtsein umgesetzt werden. Dazu sind alle aufgerufen, Politiker ebenso wie Presse, Rundfunk, Fernsehen, Schulbuchverlage usw.

Das Wissen um die positiven Seiten des Alterns trägt dazu bei, Vorurteile abzubauen, die Konflikte zwischen den Generationen zu mildern und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

## 2/ Vorbereitung auf das Alter

Den Eintritt in das Rentenalter erleben viele ältere Mitbürger als entscheidenden und drastischen Einschnitt in ihr bisheriges Leben. Er ist häufig gleichbedeutend mit dem Wegfall einer Aufgabe, zwangsweiser Verurteilung zum Nichtstun, Isolierung vom bisherigen Bekannten- und Kollegenkreis. Diese Situation wäre anders, wenn die Betroffenen Gelegenheit gehabt hätten, sich auf den neuen Lebensabschnitt vorzubereiten. Wir müssen darauf hinwirken, daß die Vorbereitung auf das Alter rechtzeitig beginnt, daß sie eine Selbstverständlichkeit wird, etwa durch Bildungsurlaub, Anleitungsstunden während der Arbeitszeit u.a. geeignete Maßnahmen. Nur so kann verhindert werden, daß der Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand als "Bruch" empfunden wird. Ein guter Weg ist die von den Tarifparteien in der Zigarettenindustrie (NGG) und in der Brauereindustrie Nordrhein-Westfalens ausgehandelte Regelung, in der eine Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer erreicht wurde. Damit wurde erstmals die Idee verwirklicht, älteren Arbeitnehmern durch ein größeres Freizeitangebot und ohne finanzielle Verluste einen gleitenden Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen. Diese Regelung sollte auch in anderen Wirtschaftszweigen Nachahmung finden.

Auch mehr Angebote an Teilzeitarbeitsplätzen - so das Ergebnis einer vom BMA in Auftrag gegebenen Umfrage - entsprechen einem besonderen Bedürfnis gerade der älteren Arbeitnehmer.

## 3/ Erhaltung der Selbständigkeit so lange wie möglich

Lange Zeit machte man es sich mit der Versorgung alter Menschen zu einfach. Oft blieb ihnen aus Mangel an sonstigen Hilfen nichts anderes übrig, als in ein Heim zu gehen. Heute weiß man - wenngleich sich dieses Wissen noch nicht überall auch in Taten manifestiert -, daß den älteren Menschen am ehesten gedient ist, wenn sie so lange wie möglich in der gewohnten Umgebung bleiben können.

Alte Menschen können sich in der Regel weitgehend selbst versorgen. Wenn ihr Gesundheitszustand es jedoch erforderlich macht, müssen vorübergehend oder auf Dauer zusätzliche Dienstleistungen wie fahrbarer Mittagstisch, Haushaltshilfen, pflegerische Dienste, Einkaufshilfen u.a. angeboten werden.

Diese und andere mobile Hilfen müssen verstärkt ausgebaut und koordiniert werden. Sie müssen als Hilfe zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit, als Hilfen zur Selbstbehauptung ausgestaltet werden. - Ambulante Dienste sind für den Betroffenen oft humaner und für die Gesellschaft dazu z.T. billiger als Heime.

## 4/ Absicherung des sozialen Risikos "Pflegebedürftigkeit".

Es ist zu überlegen, ob das Risiko der Pflegebedürftigkeit, das derzeit nur durch Eigenfinanzierung oder Sozialhilfe abgedeckt wird, auf lange Sicht von der Sozialversicherung übernommen werden kann. Über dieses Problem werden wir uns auch im Zu-

sammenhang mit der Neuordnung der sozialen Sicherung bis 1984 Gedanken machen müssen.

#### 5/ Gesundheitliche Sicherung im Alter

Die besonderen gesundheitlichen Probleme der älteren Mitbürger bedürfen besonderer Anstrengungen. Altwerden, Altsein und Krankheit sind nicht identisch und auch nicht notwendig miteinander verbunden. Nicht jeder Alternsprozess läuft krankhaft ab. Krankheit ist keine unausweichliche Begleiterscheinung des Alters, lediglich die Erwartungswahrscheinlichkeit steigt, daß mit zunehmendem Alter Krankheiten auftreten. Durch die Erfolge der Medizin, aber auch durch die demographische Entwicklung erreichen immer mehr Menschen ein höheres Alter. Damit wird in Zukunft auch die Zahl - überwiegend chronisch - kranker älterer Menschen zunehmen.

Allerdings sind viele ältere Menschen nur deshalb "Pflegefälle" geworden, weil man vorbeugend Gesundheitspflege oder aktive Rehabilitation im Alter nicht angeboten hat.

Deshalb müssen wir uns mehr als bisher um den Ausbau der geriatrischen Forschung und um die Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der älteren Mitbürger bemühen.

#### 6/ Sinnvolle Beschäftigung und aktive Mitwirkung im Alter

Wir müssen die Aktivität der älteren Bürger unterstützen und fördern. Es müssen Voraussetzungen für sinnvolle Betätigungen der alten Bürger geschaffen werden. Sie müssen mehr sein als "Beschäftigungstherapie". Sie müssen auch Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung und Mitverantwortung in der Gesellschaft einschließen. Ein wichtiger Schritt wäre der Ausbau der ehrenamtlichen Tätigkeit. Hier liegt eine große Chance, für die älteren Mitbürger wichtige, sinnvolle und sozialpolitisch notwendige Betätigungen zu schaffen. Auch für die Vertreter der älteren Generation müssen - ähnlich wie für die Vertreter der Jugend - aktive Mitwirkungsmöglichkeiten, z.B. im kommunalen Bereich geschaffen werden, die sie befähigt, ihre eigenen Interessen zu vertreten.

Auf allen zuständigen Ebenen, in Bund, Ländern und Gemeinden, müssen alle notwendigen Anstrengungen unternommen werden, um die Situation der älteren Mitbürger zu verbessern. Es gilt,

- die Solidarität zwischen Jung und Alt zu stärken,
- alle notwendigen und wünschenswerten Hilfen bereitzustellen, die ein Leben ohne Not und in Würde gewährleisten,
- die positiven Seiten des Alterns: Erfahrung, Ausgeglichenheit, Leistungsbereitschaft und -fähigkeit anzuerkennen und zu würdigen,
- der älteren Generation das Bewußtsein zu geben, gebraucht zu werden und voll in die Gesellschaft integriert zu sein. Die neue Generation der Älteren ist eine selbstbewußte Generation geworden. Sie gibt sich nicht mehr damit zufrieden, betreut zu werden, ihr müssen neue Lebenschancen eröffnet werden.

(-/12.12.1978/vo-he/hgs)

### Trotz der Erfolge ein ernstes Problem

Erhöhte Anstrengungen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten

Von Hermann Buschfort MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Mit dem 2. Schwerbehinderten-Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter und zur Überwindung der Schwierigkeiten schwerbehinderter Bewerber konnten in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober dieses Jahres schon 7.329 Schwerbehinderte - 5.439 Männer und 1.890 Frauen - in Arbeit und Beruf eingegliedert werden, darunter 1.350 Jugendliche, die auf betriebliche Ausbildungsplätze vermittelt werden konnten. Die besondere Zielsetzung, die mit dem 2. Sonderprogramm verfolgt wird, auch die Ausbildungschancen schwerbehinderter Jugendlicher zu verbessern, ist damit schon jetzt erreicht. Mit 1.350 Vermittlungen auf Ausbildungsplätze mit Hilfe der Programmmittel liegt das Zwischenergebnis nach zehn Monaten bereits über dem Gesamtergebnis des 1. Sonderprogramms.

Für die Finanzierung des 2. Sonderprogramms insgesamt sind bisher 62,2 Millionen DM aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz aufgewendet worden.

Trotz dieses unbestreitbaren Erfolges bleiben Arbeitslosigkeit und Ausbildungsstellenknappheit Schwerbehinderter ernstzunehmende Probleme, die alle Beteiligten in Bund und Ländern zu immer neuen Überlegungen und erhöhten Anstrengungen herausfordern. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten hat im Oktober 1978 mit mehr als 50.000 (49.513 vollzeitarbeitslosen und weiteren nahezu 7.000 teilzeitarbeitslosen) Schwerbehinderten einen neuen Höchststand erreicht.

Zu einem Abbau der Zahl der arbeitslosen und ausbildungsstellensuchenden Schwerbehinderten werden folgende Maßnahmen beitragen:

1. Von dem kürzlich beschlossenen Gesetz zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte in der gesetzlichen Rentenversicherung erwartet die Bundesregierung günstige Auswirkungen auf die Beschäftigungslage.
2. Positive Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation Schwerbehinderter sind auch von der am 12. August 1978 in Kraft getretenen Ausgleichsabgabeverordnung zum Schwerbehindertengesetz zu erwarten. Danach sollen die Mittel der Ausgleichsabgabe vorrangig auch zur Förderung des Arbeits- und Ausbildungsplatzangebotes für Schwerbehinderte eingesetzt werden. Dazu gehört die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen für Schwerbehinderte.
3. Das Auslaufen des 2. Sonderprogramms am 31. Dezember 1978 gibt Anlaß zur Prüfung, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden können, um die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter auch künftig wirksam zu bekämpfen. Der Beirat für die Rehabilitation der Behinderten, dessen gesetzliche Aufgabe es ist, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in Fragen der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter zu beraten, wird sich demnächst mit diesem Thema zu befassen haben.

(-/12.12.1978/ks/hgs)

Vor Mißdeutungen kann man sich schwer schützen

Bemerkungen zum § 103 des Arbeitsförderungsgesetzes

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Der CDU-Abgeordnete Müller/Remscheid hat im Pressedienst seiner Fraktion mal wieder zugeschlagen. In konzertierter Aktion mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit wirft er Minister Ehrenberg vor, den allseits umstrittenen Runderlaß 230 der Bundesanstalt durch die Neuformulierung des Zumutbarkeitsparagrafen im Arbeitsförderungsgesetz noch verschärfen zu wollen. Wo, fragt Müller/Remscheid, bleiben die lautstarken Proteste der SPD-Bundestagsfraktion? Nun, er kann sie haben.

Die Herren Müller und Stingl bestätigen unsere Befürchtungen, daß die neue Zumutbarkeitsregelung noch nicht präzise genug ausgestaltet ist, um eine mißbräuchliche Interpretation und Anwendung auszuschließen. Die Bundesregierung hat diese Besorgnis nicht. Sie geht davon aus, daß die zwingend vorgeschriebene Güterabwägung zwischen den Interessen der Versichertengemeinschaft und der Würdigung aller Umstände des Einzelfalles, insbesondere der Berücksichtigung der beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten des Arbeitslosen, seiner familiären und sonstigen persönlichen Verhältnisse eine inhumane Anwendung des Zumutbarkeitsparagrafen ausschließt.

Wenn aber schon die Herren Müller und Stingl nicht lesen können oder wollen, dann ist die vorgesehene Neuregelung verbesserungsbedürftig. Dann werden wir bei den anstehenden Beratungen im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung nach Formulierungen suchen müssen, die den Willen des Gesetzgebers noch zweifelsfreier ausdrücken. Leider feiert so die bundesdeutsche Sucht nach Buchstabenfuchseri und beckmesserischer Ausdeutung zu Lasten des einzelnen Bürger wieder einmal Triumphe. Ist es denn so ganz unmöglich, dem einzelnen Vermittler die Berücksichtigung der persönlichen, fachlichen und familiären Verhältnisse eines Arbeitslosen zuzumuten? Müssen denn erst ganze Kataloge geschrieben werden, bis auch die Herren Stingl und Müller zu der Auffassung gelangen, daß künftig keinem einzigen Arbeitslosen Unzumutbares zugemutet werden darf?

Müller/Remscheid kann sich seinen vorgeschützten Zorn sparen. Wenn er wirklich etwas für die Arbeitslosen tun will, kann er uns ja behilflich sein auf der Suche nach noch besseren Formulierungen. Im Moment ist er lediglich ein sprechendes Beispiel für jene Menschengruppe, die große Mühe hat, das Menschliche in einem Gesetz zu entdecken. Also buchstabieren wir noch einmal für die genannten Herren: Für uns Sozialdemokraten sind die arbeitslosen Mitbürger keine Menschen zweiter Klasse. Wir werden ihnen nie Unzumutbares zumuten. (-/12.12.1978/ks/hgs)